

POLITISCHE POSITIONEN der Wirtschaftsjunioren Hessen

Die Stimme der jungen Wirtschaft

Oktober 2021



DIGITALISIERUNG

Die Wirtschaftsunioren Hessen fordern von der Landesregierung die flächendeckende Anbindung mit Glasfaser bis in die Gebäude hinein. Die bisherige Abdeckung mit schnellem Internet und Glasfaser für Unternehmen und Privatpersonen ist ungenügend und verhindert zeitgemäßes Arbeiten sowohl in Betrieben als auch im Homeoffice. Ein gut ausgebautes Glasfasernetz ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für Unternehmen und für flexibles Arbeiten.

Wir fordern von der Politik verpflichtende und regelmäßige Fortbildungen von Lehrkräften im Bereich digitaler Medien und digitalem Unterricht. Wir sehen es als wichtig an, dass Lehrerinnen und Lehrer einen sicheren Umgang mit digitalen Medien beherrschen und unseren Kindern nahebringen können. Unsere Kinder müssen die zukunftsweisenden Medien beigebracht bekommen und dies in jeder Schulform. Dies ist nur möglich, wenn unsere Lehrerinnen und Lehrer selbst diese Medien verstehen und einsetzen können.

Ein weiterer Punkt ist die nach wie vor mangelhafte Mobilfunkabdeckung, auch oder gerade im ländlichen Raum. Wir fordern daher den schnellen und unbürokratischen Ausbau. Wir können nicht hinnehmen, dass ganze Regionen durch politischen Unwillen abgehängt werden. Junge Menschen, die vermehrt den ländlichen Raum als unattraktiv betrachten sowie Unternehmen und Betriebe könnten so eher am jeweiligen Standort gehalten werden.

Die Ereignisse in 2020/2021 haben deutlich gemacht, welches Defizit in Hessen und der gesamten Bundesrepublik Deutschland im Bereich Home-Schooling und E-Learning vorhanden ist. Wir fordern daher die Schaffung einheitlicher digitaler Plattformen für Home-Schooling und E-Learning. Dies bedeutet für Bürger*innen bei Umzug innerhalb und außerhalb Hessens Planungssicherheit. Es vereinfacht den Ablauf in Betrieben, da sich Auszubildende oder Fortbildende nicht auf unterschiedliche Plattformen einstellen müssen. Zudem sind solche einheitlichen Plattformen für die Steuerzahler durch den Skaleneffekt günstiger.

Die Zukunft liegt in der Vereinfachung. Dazu fordern wir die Einführung einer gesicherten Datenbank mit den eigenen Daten als Privatperson und als Unternehmen bzw. Betrieb. In dieser Datenbank kann der Dateninhaber selektiv seine Daten an deutsche Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts und weitere Institutionen freigeben. So kann eine Möglichkeit zur Entbürokratisierung geschaffen werden und zeitgleich eine Vereinfachung für

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Betriebe erfolgen. Der Einsatz der Datenbank darf ausdrücklich nicht dazu führen, dass Land und Staat sich ohne explizite Ermächtigung der Daten bedienen können. Als Beispiel und Vorbild dient Estland.

BILDUNG

(Schule, Aus- und Weiterbildung)

Als Verband junger Unternehmer und Führungskräfte in Hessen fordern wir von der Landesregierung die Einführung verpflichtender und regelmäßiger Praktika für Lehrkräfte im Bereich „praxisnaher Unterricht“ ab Jahrgangsstufe 5. Lehrerinnen und Lehrer müssen neben den Lehrplänen und dem „statischen“ Unterricht selbst auf dem aktuellen Stand sein und sich bei der Wissensvermittlung an unsere Kinder an der tatsächlichen Praxis orientieren. Dies geht nur mit regelmäßigen Fortbildungen zu diesen Themen.

Bereits unsere Jüngsten sind mit Smartphone, Tablet und Co. vertraut und wachsen mit diesen Medien auf. Es ist daher von großer Wichtigkeit, eine Sensibilisierung gegenüber „Fake News“ sowie Mobbing und Gewalt im Netz vorzunehmen. Wir fordern deshalb eine hessenweite Einführung von Medienkompetenz bereits ab der Grundschule. Im Zuge der weiteren Digitalisierung kann so bereits grundlegende Vorarbeit für das weitere Leben und den Beruf geschaffen und die ohnehin ständig präsente Medienwelt eingebunden werden.

Als weiteren Punkt fordern wir die Einführung eines Schulfachs „Entrepreneurship / Gründergeist“. Während die gesamtdeutsche Politik nur wenig Augenmerk auf kleine und mittlere Unternehmen und die damit verbundenen Gründungen und Übernahmen legt, ist es von enormer Bedeutung, Schülerinnen und Schülern Unternehmer- und besonders Gründergeist zu vermitteln. Dies soll durch Personen aus der Praxis, also von Gründerinnen und Gründern sowie Unternehmerinnen und Unternehmer erfolgen und z. B. mit Unternehmensplanspielen vermittelt werden. Gründungen sind für unser Bundesland wichtig. Darunter fallen auch Nachfolgen von Unternehmen und Betrieben. Es darf nicht durch Schulen vermittelt werden, dass nur ein Angestellten- oder Dienstverhältnis die richtige Berufswahl ist.

Im Zusammenhang mit praxisnaher Schule fordern wir für alle Schüler zwei verpflichtende Schulpraktika für jeweils mindestens zwei Wochen in allen Schulformen. Außerdem legen wir dabei Wert auf die verpflichtende Betreuung der Schüler*innen im Unternehmen durch den Lehrer / die Lehrerin. Dies soll der Berufsorientierung sowie dem verbesserten Einblick in Unternehmen dienen. Dabei müssen unserer Auffassung nach die Lehrkräfte stärker mit eingebunden werden, da diese großen Anteil an der Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler haben.

GRÜNDUNG, UNTERNEHMERTUM, ENTBÜROKRATISIERUNG

Seit einigen Jahren ist ein Trend in den Schulen zu erkennen, dass die Verzahnung zwischen lokalen Unternehmen und Schulen abnimmt. Diese Verbindung ist jedoch für beide Seiten enorm wichtig. Zum einen, damit die Schulen die Bedürfnisse aus Unternehmen, Wirtschaft und freien Berufen mitbekommen und zum anderen, damit Unternehmen, Wirtschaft und freie Berufe die Denkweise und Erwartungen der Schüler*innen kennenlernen. Daher fordern wir eine verbesserte Verzahnung von Schulen und Unternehmen, Wirtschaft und freien Berufen, um Schüler*innen bei der Berufsorientierung eine größtmögliche Vielfalt und weitreichende Informationen zu bieten sowie dem Thema Mitarbeiternachwuchs und Fachkräftemangel besser zu begegnen.

Als Unternehmer*innen und Führungskräfte unter 40 Jahren in Hessen möchten wir auch die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft sichern. Dazu bedarf es einfacher Gründungsmöglichkeiten sowie dem Abbau von Beschränkungen. Nach unserer Meinung ist dies nur mit einem strikten Kurs bei der Entbürokratisierung möglich. Wir fordern von der Regierung die schnelle Entbürokratisierung bei Unternehmensgründungen und -nachfolgen in Verbindung mit der Einführung eines digitalen One-Stop-Shops zur vereinfachten Abwicklung. Vorbild ist hier Estland.

Aus unserer Sicht dürfen wir als wirtschaftsstarkes Bundesland nicht zulassen, dass unsere Kinder einerseits in der Lage sind, wichtige Dichter und Denker zu rezitieren, jedoch nicht wissen, wie unser Wirtschaftssystem in seinen Grundzügen funktioniert. Darunter fällt auch der lebensnahe Bereich, wie die Erstellung einer Steuererklärung und der Umgang mit den eigenen Finanzen. Die Einführung eines praxisnahen Schulfachs „Wirtschaft“ in allen Schulformen ist für uns eine klare Forderung, die unter Einbeziehung lokaler Betriebe umgesetzt werden sollte.

Fortschreitende Digitalisierung und pandemische Ereignisse gepaart mit dem Wandel der Arbeitswelt stellen uns vor große Herausforderungen und bieten gleichzeitig Chancen. Dies bedarf klarer Spielregeln für Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen, insbesondere der rechtliche Rahmen muss hierfür eindeutig sein. Daher fordern wir eine rechtliche Basis, auf die sich beide Seiten verlassen können, sowie die Vereinfachung von Anstellungsmöglichkeiten.

Auch wenn politisch stets betont wird, dass es genügend Fördermaßnahmen für Unternehmen gibt, fällt sehr häufig die damit verbundene Hürde in Form von langwieriger und komplexer Beratung auf. Als einzige sinnvolle Maßnahme kann daher nur eine Vereinfachung und Beschleunigung bei Förderungen greifen. Dies fordern wir von der Landespolitik.

VERKEHR, STRAßENBAU, MOBILITÄT, LÄNDLICHER RAUM

Die Vernachlässigung des ländlichen Raums in den letzten Jahrzehnten ist nicht von der Hand zu weisen. So wurden Verkehrsverbindungen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs stillgelegt oder zurückgebaut. Anbindungen wurden damit verschlechtert und im heutigen Zuge der Verkehrswende und des wechselnden Bewusstseins wurden Bürger*innen regelrecht abgehängt. Nicht nur die Infrastruktur im ländlichen Raum betrifft dies, sondern auch die Unternehmen und Betriebe, welche gegenüber den Wettbewerbern im städtischen Ballungsraum einen Nachteil haben. Mitarbeiter*innen müssen schließlich den Arbeitsplatz erreichen können. Daher fordern wir eine schnelle und verbesserte, flächendeckende Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum. Dies trägt zur Wirtschaftskraft bei und steigert die Attraktivität der jeweiligen Region.

Wir fordern nachhaltige, alternative Mobilität von der Landesregierung. Dies darf nicht einseitig erfolgen, sondern soll offen für alle Alternativen sein. Das Land Hessen muss alle Möglichkeiten alternativer Mobilitätsformen in Betracht ziehen und darf nicht steuernd zugunsten einer Variante eingreifen. Nur so kann sich überhaupt eine Vielfalt an Alternativen entwickeln und sich zeigen, welche wirklich nachhaltig sind.

Bürokratie in der Verkehrsentwicklung und im Verkehrsbau ist ein großes Hemmnis und verhindert zum einen die Entwicklung des ländlichen Raums und zum anderen die Entlastung städtischer Strukturen. Die Verkehrs- und Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn Entscheidungen schneller getroffen und Prozesse schneller umgesetzt werden. Daher fordern wir die Umsetzung und die Erweiterung des Bürokratieabbaus von der hessischen Landesregierung.

In unserem Bundesland gibt es eine Vielzahl an stillgelegter und schlecht ausgebauter / genutzter Infrastruktur. Diese würde den Ländlichen Raum mit dem Ballungsraum deutlich besser verbinden und ggf. Kosten sparen. Dies setzt jedoch voraus, dass Infrastruktur sinnvoll reaktiviert bzw. verbessert und besser genutzt wird. Es darf nicht sein, dass laut deutschem Recht erst geprüft wird, wie die theoretische Auslastung ist, anstatt zuerst das Angebot zu schaffen und anzusiedeln. Wir fordern ein Umdenken von der Politik und endlich das „Abschauen“ in diesem Bereich am erfolgreichen Ausland wie Dänemark.

Wirtschaft lebt neben Dienstleistungen von Waren aller Art. Sowohl Rohstoffe, als auch Fertigerzeugnisse müssen transportiert werden. Es ist für uns unumgänglich für die Zukunft, dass der Güterverkehr ökonomisch und ökologisch nachhaltig werden muss. Dabei darf keine einzelne Transportform einseitig gefördert oder belastet werden. Hier muss durch die Landespolitik gehandelt werden.

WIRTSCHAFT

Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler sehen sich regelmäßig rechtlichen Nachteilen ausgeliefert, welche auf die fehlende Harmonie zwischen den Gesetzen und Verordnungen zurückzuführen sind. Dadurch entsteht nicht nur rechtliche Unsicherheit, sondern für kleinere Unternehmen / Selbstständige ein Wettbewerbsnachteil sowie wirtschaftlicher Schaden. Es darf nicht sein, dass durch die fehlende Harmonisierung der Gesetzgebung Unternehmen und Selbstständige zusätzlich belastet werden. Wir fordern den schnellen Abgleich der Gesetze durch die Politik.

Unternehmensgründungen und -nachfolgen sind in Deutschland zu kompliziert und teilweise zu langwierig. Länder wie Estland machen uns erfolgreich vor, wie einfach so etwas gehen kann. Für uns ist klar, dass ein One-Stop-Shop die Zukunft für Unternehmensgründungen ist. Daher fordern wir dessen Umsetzung.

In Hessen sind Förderungen eine Hürde. Die Bürokratie zum Erlangen notwendiger und wichtiger Förderungen ist viel zu hoch. Wir fordern die umgehende Vereinfachung sowie einen schnelleren und zentralen Zugang zu Fördermitteln.

Des Weiteren werden Förderungen in vielen Fällen durch die Hausbanken nicht gern umgesetzt, da diese daran nichts verdienen. Stattdessen werden eigene Produkte angeboten. Mittel der KfW und Förderbanken werden daher häufig nicht genutzt. Es muss für Banken verpflichtend werden, Fördermittel und -darlehen anzubieten.

Wir fordern die Einhaltung der Generationengerechtigkeit in Bezug auf die Staats- bzw. Landesverschuldung von der Politik. Politische Entscheidungen dürfen nicht auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen werden.

Die Wirtschaftsjuvenen Hessen:

Die Wirtschaftsjuvenen Hessen setzen sich aus 16 Kreisverbänden mit ca. 1.500 Mitgliedern zusammen und stellen damit das größte Netzwerk an jungen Unternehmern und Führungskräften in Hessen, welche sich ehrenamtlich engagieren. Die Mitglieder kommen dabei aus allen Branchen. Deutschlandweit verantworten wir rund 300.000 Arbeitsplätze, 35.000 Ausbildungsplätze und mehr als 120 Milliarden Euro Umsatz.

Die Mehrwerte für unsere Mitglieder:

- Belastbares Netzwerk
- Politische Beteiligung
- Gesellschaftliches Engagement
- Internationaler Austausch
- Persönliche Weiterentwicklung

Weitere Informationen, Ansprechpartner und aktuelle Termine finden Sie unter:
www.wj-hessen.de

Die Wirtschaftsjuvenen und JCI:

Die Wirtschaftsjuvenen Deutschland sind seit 1958 Mitglied der Junior Chamber International (JCI), einem internationalen Netzwerk mit Dienstsitz bei den Vereinten Nationen in New York und mehr als 200.000 Mitgliedern in mehr als 100 nationalen und 5.000 lokalen Organisationen. JCI ist eine gemeinnützige Organisation junger aktiver Bürger im Alter von 18 bis 40 Jahren, die sich engagieren, um in ihren Gemeinden positive Wirkung zu erzielen

Politische Positionen:

Die Politischen Positionen und Forderungen sind unter Beteiligung aller hessischen Mitglieder der Wirtschaftsjuvenen erarbeitet worden. Sie beschränken sich bewusst auf die fünf Kernthemen, die uns als Stimme der jungen Wirtschaft gemäß unserer Umfrage besonders am Herzen liegen.



WIRTSCHAFTSJUNIOREN
HESSEN

Wirtschaftsjuvenen Hessen e.V.
info@wj-hessen.de
www.wj-hessen.de

V.i.S.d.P.
Julia Heuwieser
Landesvorsitzende 2021 WJ Hessen